

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Uebach, Dresden  
und Schiffsche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Arbeits" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 36 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-  
bote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 82

Dresden, Freitag den 9. April 1926

37. Jahrg.

## Wilhelms Nachlässe

Mussolini-Theater: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“

Der italienische Diktator hat am Donnerstag vormittag auf einem Kriegsschiff von Ostia aus in Begleitung eines großen Gefolges die Reise nach Tripolis angetreten. Das ganze faschistische Direktorium war zur Begrüßung an Bord des Schiffes erschienen. Mussolini schritt nach seiner Ankunft zunächst die Front der Ehrenkompanie ab und hielt dann die untermeidliche Rede, die dritte innerhalb 24 Stunden. Er betonte dabei — sein Ebenbild in Doorn kopierend — daß „Italiens Zukunft immer auf dem Wasser gelegen“ habe und liegen werde. Das Zerwürfnißwert seiner Anhänger vom Tage zuvor erwähnte Mussolini nicht. Er hatte zwar alle Gewalttaten „verbieten“, und doch sind in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag die Wohnungen linksgerichteter Persönlichkeiten überfallen und gänzlich demoliert worden. Die Tatsache, daß Mussolini die Täter nicht zur Rechenschaft zu ziehen gedenkt und ihr Verbrechen vor der Welt als Verbrechen hinzustellen beabsichtigt, beweist, daß er seinen Befehl so verstanden wissen wollte, wie er verstanden wurde: der Leiter der italienischen Staatsgeschäfte hatte nichts gegen die Zerstörung des Eigentums der ihm unangenehmen Gegner!

## Brutale faschistische Gewalttaten

Verfolgung der Genossin Verda

Die weiteren Meldungen aus Rom befragen: Außer der Wohnung des sozialistischen Abgeordneten Amendola wurden die Räumlichkeiten des Genossen Verda ein Opfer des faschistischen Übels. Die Gattin des Genossen Verda ist deutscher Herkunft; sie verließ Ende der neunziger Jahre Deutschland und ist bis auf den heutigen Tag der sozialistischen Fahne treu geblieben. Jahrelang hat die Genossin Verda-Flöberg für den Vorwärts und andre sozialistische Parteiblätter Deutschlands korrespondiert, bis das faschistische Regime jede Verbindung der tapferen Frau mit der deutschen Parteipresse unmöglich machte. Das seit dieser Zeit in den sozialdemokratischen Blättern veröffentlichte Material stammt nicht von ihr, sondern aus andern Quellen.

Wenn sich der faschistische Böbel trotzdem in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag an dem Eigentum der Familie Verda vergreift, so zeigt auch dieser Vorfall, daß die Zerstörungen und Gewalttätigkeiten in Italien auf ein System der faschistischen Parteileitung, dessen Kopf sich Mussolini nennt, zurückzuführen ist. Es ist sogar anzunehmen, daß die letzten Zerstörungen planmäßig von Faschisten geleitet worden sind. Woher hätte sonst der Böbel gewußt, daß die Genossin Verda, eine unbescholtene und in Rom fast unbekannt Frau, früher einmal für die sozialistische Parteipresse Deutschlands korrespondiert hat und Sozialistin ist?

Der italienische Diktator mag sich in der Öffentlichkeit noch so sehr gegen Gewalttätigkeiten seiner Anhänger wenden, die Fälle Matteotti und Amendola bezeugen, daß er bisher schon das Gegenteil seiner Befehle gewollt hat, und die letzten Zerstörungen in Rom bestätigen wieder einmal, daß es in Europa einen Staatsmann gibt, der die Gewaltanwendung gegen andersdenkende Personen nicht nur billigt, sondern bewußt herbeiführt.

## Nur eine Irenenhäuslerin konnte schiefen

Von den Verwandten der „Attentäterin“ Mich Gibson wird bestätigt, daß diese alte Frau ein religiöses Verstandenes, unerschrocken und vielfach unzurechnungsfähig ist. Ihre Schwägerin erzählt in pariser Wäutern eine Erklärung, daß die Gibson nicht im vollen Maße ihrer geistigen Kräfte sei und schon vor mehreren Monaten geistig habe, sie wolle „den Papst“, der sie nicht religiös genug sei, töten. Man habe sie nicht mehr ernst genommen. Die Bruder, Lord Ashburne, hat an Mussolini telegraphiert, daß die Familie den Zwischenfall tief bedauere. Mich Gibson war bis Oktober 1925 in einer Irenenanstalt, sie ging nach Italien, um nicht wieder interniert zu werden. Beim Verhör erklärte sie, sie wisse nicht, warum sie gerade auf Mussolini geschossen habe.

## Romödienpiel

Für Mussolini ist es peinlich, daß das „Attentat“ von einer Betrübten und nicht von erwachsenen Leuten ausgegangen ist. Seine politischen Machttäter suchen aber trotzdem die Komödie vorzutreiben, als habe die Gibson Missetat, als sei das „Attentat“ ernstlich. So ließ die Polizei Mussolinis gestern früh in der Nähe Roms 80 Kommunisten verhaften, die dort eine Zusammenkunft hatten. Diese Verhaftungen sollen nach außen hin beweisen, daß der faschistische Akt der Ueberzeugung ist, daß die Täterin mit den Kommunisten in Verbindung gestanden habe. Welch ein Schandspiel!

L. Rom, 9. April. (Eig. Zuspruch.) In Rom wurde am Donnerstag außer einer ganzen Reihe von Kommunisten auch eine Gewerkschaftin, namens Dagmar Anderson, verhaftet, die angeblich unter ihrem Namen einen Feld im Viertel ihres Hocks verbergen lassen soll. — Sicilisch war es eine Sicherheitsmaßnahme.

Das faschistische Regime braucht diese Komödien, um den brutalen Ueberfällen auf Sozialisten und den grausamen Zerstörungen ihres Eigentums abzulenken.

## Kabinettsumbildung in Paris

P. Paris, 9. April. (Eig. Zuspruch.) Die Dimission des französischen Innenministers Malin, die am Donnerstag amtlich bestätigt wurde, ist nicht aus Gesundheitsrücksichten, sondern aus politischen Gründen erfolgt. Malin wehrt im Nachhinein die Feindschaft, die ein Teil der Rechten ihm entgegengebracht, gegnig sei, die Position der Regierung zu schwächen und ihr eine Anzahl Stimmen zu entziehen. In den Wahlen nachstehenden Wochen glaubt man übrigens, daß sein Verbleib nicht zuletzt durch den Wunsch diktiert sei, seine politische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen und den gegen ihn gerichteten Angriffen der Rechten ungehindert durch sein Amt entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister Durand gilt als Nachfolger Malins.

## Fortschritte des Achtstundentages in Frankreich

P. Paris, 8. April. (Eig. Zuspruch.) Die Anwendung des Achtstundentages in der französischen Güttenindustrie ist durch eine Verordnung des Arbeitsministers neu geregelt worden. Es ist dabei den Forderungen der Gewerkschaften weitgehend Nach-

mung getragen und die Möglichkeiten der Umgestaltung des Achtstundentages sind erheblich eingeschränkt. Für die Gewerkschaften, die seit Jahren für die Durchführung des Achtstundentages gekämpft haben, stellt diese Verordnung einen bedeutenden Erfolg dar, der um so beachtenswerter ist, als die Arbeitgeberverbände der französischen Montanindustrie äußerst mächtig sind und alles ins Werk gesetzt haben, um die Bestrebungen der Gewerkschaften zu durchkreuzen.

## Verlegenheitskabinetts in Südflawien

D. Belgrad, 9. April. (Eig. Zuspruch.) Der bisherige Arbeitsminister Jugoslawiens, Ksanowitsch, hat am Donnerstag entsprechend dem ihm erteilten Auftrag ein neues Kabinetts gebildet. Mit Ausnahme von Paskich gehören seiner Regierung fast ausschließlich die Minister des bisherigen Kabinetts an. Ausgeschieden ist lediglich der bisherige Finanzminister, dessen Politik in letzter Zeit in der Öffentlichkeit scharf angegriffen wurde. Ministerial bleibt Außenminister, Adalich Unterrichtsminister. Es hat den Anschein, als ob das neue Kabinetts nicht von langer Dauer ist und im Herbst doch noch Neuwahlen stattfinden müssen.

# Der Volksoffer-Scandal

## Vor- und Gründungsgeschichte

Reizner und Genossen, so lautet amtlich-troden die Affenbezeichnung der Strafsache, die in diesen Tagen am Münchener Platz zur Verhandlung stand. Nicht amtlich, aber deutlicher, sprach man von Volksoffer-Scandal.

Der Volksoffer-Prozess ist der schamhäßliche Schlußakt eines miserablen „nationalen“ Spektakelstückes, in dessen verschiedenen Szenen allerlei üble schwarzweisse Akteure aufgetreten sind. Der Hauptteil der Aufführung allerdings fand hinter Kulissen statt, und die Spieler sprachen sehr häufig „beiseite“. Doch lassen sich die ersten Akte immerhin aus dem Verlauf des letzten rekonstruieren.

## Das Vorspiel

September 1923. Im Reich wütete die Inflation. Der Ruhrkrieg war zum Panama geworden. Die Not ging um. Die Arbeitslosen zählten nach Heeren. Und die Reaktion, der vor allem Bayern ein Beispiel gab, rüstete. Ihren entschlossensten und daher gehäbtesten Gegner fand sie in Sachsen in der sozialistischen Regierung. Schon die bloße Tatsache der Existenz dieser Regierung genügt ihren Feinden, alle Skrupel fallen zu lassen. Sie wurde mit den gemeinsten Mitteln berannt. Hohen- und monatelang schon ging eine wüste Hege, veranstaltet in erster Linie von einer Presse, hinter der nicht zuletzt das Gros der sächsischen Industriellen und die Vertreter des Großgrundbesitzes standen. Es hagelte Verleumdungen. Die Not im Lande, notwendige Folge der tollsten Geldentwertung, der rückwärtslosesten Preissteigerung und Arbeitslosigkeit, wurde lägerlich auf die Regierung zurückgeführt. Man stempte Sachsen zu einem Land, darin der rote Schrecken haue. Man schrieb von „Willkürherrschaft völlig verantwortungsloser Elemente“, von „ernstesten Klagen über komplette Anarchie“, von „geheultem Vorgehen der Kontrollauschüsse und Betriebsräte“, und log die kraftlosesten Organisationen, die mit Hilfe der Regierung militärisch aufgestellt ausgerüstet und ausgebildet seien. Und während man noch log und verleumdete, sorgte man mit skrupellosem Raffinement für künstliche Sicherung von Industrieverträgen, für zahllose Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen, um dadurch die Not zu vergrößern und die Atmosphäre zu erhalten, die für die Zwecke der Reaktion gebraucht wurde.

Das Ergebnis der Hege blieb nicht aus. Zunächst wurde am 26. September 1923 im Reich der Ausnahmezustand verhängt. Zwar sollte es den Anschein haben, als richte sich die getroffene Maßnahme gegen das reichsfeindliche Bayern, wo ganze Verbände in Umsturz machten. Doch blieb Bayern völlig unbehelligt. Es pffiff einfach auf das Reich. Ganz andere Wirkungen hatte der Belagerungszustand in Sachsen. Hier löste der General Müller fürs erste die gegen die organisierten Republikfeinde ins Leben gerufenen Hundertschaften der Republikaner auf und nahm der sächsischen Regierung auch die Polizeigewalt aus den Händen! Auch nachher hörte man aus Bayern noch nichts davon, daß man dort die wirklich militärisch organisierten und betraffneten Sittlerbanden, die als offene Feinde der Verfassung auftraten, vom Reichsbann getroffen worden wären!

Aber es kam in Sachsen noch toller. Es kam der Staatsstreich! Die Reichswehr in Sachsen erhielt große Verstärkungen. Sachsen wurde militärisch besetzt und die Regierung vergewaltigt! An ihre Stelle aber setzte man die Eggeleitz Geinge, den Freund und Mit-

streiter der Industriellen! Er wurde dann noch erster Vorsitzender des Nationalen Klubs von Sachsen, der im Volksoffer-Scandal-Prozess auch eine Rolle spielen sollte!

## Beginn des ersten Aktes

Bevor die Reichswehr in Sachsen einmarschiert war, hatten die Veranstalter der gegen die sächsische Regierung gerichteten skrupellosen Hege dem Volke für den Fall eines Eingreifens durch das Reich die Verheißung aller Räte und den Anbruch des Paradieses verheißen. Und nachdem der Erfolg der Hege mit der Einleitung brutaler Militärgevalt verbürgt schien, mußte es den Verleumdern und ihren Kreisen darauf ankommen, dem Volke irgendwie das verprochene Ergebnis vorzugaukeln. In dieser Gaukelei hatte auch die Reichswehr ein beträchtliches Interesse, war sie doch unter einer Parole durch Sachsen gezogen, nach der sie eigentlich nur als segensvoller Brotbringer gelten wollte! Lud so begaben sich denn die Kreise der Industriellen, der Landbesitzer und sonstigen Interessenten in traulichem Verein mit dem militärischen Diktator, dem Wehrkreiscommandeur Müller, an die Gründung des sogenannten Sächsischen Volksoffers, hinter dessen Namen sich mancherlei verbergen ließ. Den Ehrenvorsitz erhielt General Müller.

Von der Zeit der Gründung des Volksoffers an machten Geldkäsen und Bagagewagen, die nach den Maschinen- und Gewehren in Aktion traten, in letzter „Charitas“. Sie sammelten die abgelegten Dinge ein, mit denen ihre bemittelten Eigentümer nicht mehr viel anzufangen wußten, und fuhren mit dampfenden Kesseln, gefüllt mit Massenweise, durch die Straßen. Dem Volk ist dabei nicht viel wohlher geworden. Es brauchte Arbeit und ausreichenden Lohn! Hier aber haperte es, denn Industrielle und Landbesitzer pflegten, wenn sie an der Macht sind, nicht splendoris zu sein als ohne diese. Immerhin wurden durch öffentliche Sammlungen allerhand Gelder in die Kasse des Volksoffers geföhrt.

Nun legte der Verband Sächsischer Industrieller sehr viel Wert auf die Erklangung von Grund auf die Geschäftsführung des Volksoffers! Als Grund hierfür hat man später angegeben, der Verband hätte in seinen Mitgliederkreisen die meisten Spender aufbringen können. Wir werden das aber nicht glauben brauchen. Wir halten den Verband Sächsischer Industrieller für alles möglich, bloß nicht für eine Organisation für Wohlfahrtspflege.

Bekanntlich haben bei der Volksoffer-Gründung sehr verdächtige Umstände vorgevaltet. Die sächsische Regierung hatte sich damals an das Wehrkreiscommando gewandt, um ein Zusammenarbeiten des Volksoffers mit der bereits bestehenden Sachsenhilfe, einer Schöpfung der Regierung, in die Wege zu leiten. Dabei wurde auch auf die gesetzliche Sammlungsenehmigung hingewiesen. Was aber erwiderte der Wehrkreiscommandeur? Er winkte ab und erklärte brieflich, eine Genehmigungspflicht komme für eine von ihm ausgehende Sammlung in keiner Weise in Frage, da er als Inhaber der vorkriegshenden Gewalt jeden Verwaltungsakt aller zivilen Behörden selbst vornehmen dürfe! Und als später nochmals der Verhandlungsweg beschritten wurde, scheiterte die gemeinsame Arbeit an dem Umstande, daß die Vertreter des Verbandes der Industriellen und des Landbundes die Unterstühung einer Sammlung, an der die sächsische Regierunglich beteiligte, ablehnten! Was konnte diese Stellung der Industriellen und ihrer Gesinnungsgenossen für einen Zweck haben? Bestimmt nur den, sich nicht in die Karten gucken zu lassen!

Jedenfalls hat der Verband seinen Wunsch durchgesetzt, und es gelang ihm, den der Reaktion und dem Wehrkreis-